Wenn dieser Newsletter nicht richtig angezeigt wird, klicken Sie bitte hier.

BERLIN KOMPAKT

NEUES AUS

DEM BUNDESTAG UND DEM WAHLKREIS

Newsletter von Sabine Dittmar, Bundestagsabgeordnete im Wahlkreis 248

Ausgabe 10/2023

Liebe Leserinnen und Leser,

in der vergangenen Woche haben wir den 160. Geburtstag der SPD gefeiert. Am 23. Mai 1863 wurde der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, der später zur SPD wurde, gegründet. Nach all den Jahren – wir sind die älteste Partei Deutschlands – ist unser Einsatz für Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit so aktuell und wichtig wie eh und je. Auch hat sich gezeigt, es ist immer besser für unser Land, wenn die SPD die Regierung führt, denn Fortschritt braucht Gerechtigkeit. Fortschritt soll das Leben besser machen – für alle, nicht nur für wenige. Dafür stehen wir und daran arbeiten auch wir als größte Fraktion im Bundestag entscheidend mit. Das werden wir auch weiter tun – Glück auf!

In dieser Woche haben wir im Bundestag auch zwei wichtige Gesetze aus dem Gesundheitsbereich auf den Weg gebracht. Mit dem Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz schließen wir unter anderem die bestehende Finanzlücke in der Pflegeversicherung durch eine moderate Beitragserhöhung und erhöhen das Pflegegeld sowie die Pflegesachleistungen. Mit dem Arzneimittel-Lieferengpassbekämpfungs- und Versorgungsverbesserungsgesetzes, das wir in dieser Woche erstmals im Plenum beraten haben, wollen wir eine schnelle und gute Versorgung mit Medikamenten gewährleisten und Engpässe wie sie besonders im vergangenen Winter, zum Beispiel bei Fiebersaft für Kinder oder Antibiotika, aufgetreten sind, vermeiden.

Genauere Ausführungen zu beiden Gesetzesvorhaben finden Sie weiter unten im Newsletter.

Auch in der Migrations- und Integrationspolitik zeigen wir, dass Fortschritt nur mit uns geht. Deutschland ist ein Einwanderungsland – und mit unseren Initiativen holen wir jetzt nach, was CDU/CSU jahrelang blockiert haben. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz ist auf den Weg gebracht und mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts gehen wir auch hier die Defizite an. Wer seit Jahren bei uns zu Hause ist, unsere Werte teilt und das Grundgesetz anerkennt, soll künftig offiziell dazugehören und schneller die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten können. Er oder sie soll wählen und für öffentliche Ämter kandidieren können. Das ist ein entscheidender Schritt für eine bessere Integration durch mehr Teilhabe in vielen gesellschaftlichen Bereichen.

Klar ist aber auch, die deutsche Staatsangehörigkeit gibt es dabei nur unter klar definierten Voraussetzungen sowie Ausschlusskriterien, etwa wenn Straftaten vorliegen oder wenn der eigene Lebensunterhalt nicht sichergestellt werden kann. Menschen bei der Beantragung der deutschen Staatsangehörigkeit dazu zu zwingen, ihre alte aufzugeben, ist dabei der falsche Weg und verkennt die Lebensrealitäten von Millionen Menschen.

Mit der Reform des Gebäudeenergiegesetzes wollen wir die Wärmewende in Deutschland zum Erfolg führen. Wir wissen aber um die Brisanz des Themas. Viele Menschen sind vor allem auch durch die öffentliche Diskussion verunsichert, weil sie nicht wissen, was auf sie beim Heizen künftig zukommt. Deshalb wollen wir den vorgelegten Gesetzentwurf jetzt im Bundestag beraten, um die Förderung noch sozialer zu gestalten und allen Planungssicherheit zu geben. Wir wollen den Entwurf noch verbessern – dafür gibt es das parlamentarische Verfahren, in dem offene Fragen geklärt und Änderungen erarbeitet werden können.

Uns geht es vor allem darum, niemanden alleine zu lassen und alle Menschen – Arbeitnehmer:innen, Geringverdiener:innen und Mieter:innen – mitzunehmen. Wir wollen uns daher die Ausnahmeregelungen und Umsetzungsfristen genau anschauen und die Förderung stärker sozial staffeln, damit vor allem Menschen mit geringem Einkommen gezielt unterstützt werden.

Eine klare Haltung gegenüber Russland und ein Bekenntnis für eine friedliche Welt – das ist das Zeichen, das vom diesjährigen G7-Gipfel in Hiroshima ausgegangen ist. Deutschland und seine internationalen Partner stehen weiter fest an der Seite der Ukraine. Es war gut, dass der ukrainische Präsident selbst an den Gesprächen vor Ort teilgenommen hat. Wir begrüßen überdies, dass der japanische G7-Vorsitz fortgesetzt hat, was vor einem Jahr unter Führung von Bundeskanzler Olaf Scholz in Elmau begonnen wurde: Den Ländern des globalen Südens wie Brasilien, Indonesien und Vietnam auf Augenhöhe zu begegnen und sie eng in die Arbeit der G7 einzubinden.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen meines Newsletters und freue mich über Anregungen und Feedback!

Ihnen allen geruhsame Pfingstfeiertage mit Zeit für sich und Ihre Lieben!

Ihre

Soziale Politik für Dich

Berufsausbildungsbericht 2023: Zu viele Jugendliche ohne Berufsabschluss

Wie hat sich der Ausbildungsmarkt hierzulande entwickelt?
Wie viele Bewerber:innen standen wie vielen Ausbildungsplätzen gegenüber? Wie viele junge Erwachsene haben keinen Berufsabschluss? Diese und weitere Fragen werden im jährlichen Berufsausbildungsbericht 2023 behandelt, den wir in dieser Woche im Bundestag beraten haben.

Der Bericht zeigt ein gemischtes Bild. Einerseits ist die Zahl neu abgeschlossener Verträge 2022 leicht auf 475.100 gestiegen – insbesondere in der Industrie und im Handel wurden im Vorjahresvergleich mehr Verträge abgeschlossen. Insgesamt blieb die Zahl neuer Verträge allerdings unterhalb des Vor-Corona-Niveaus.
Die Übernahmequote ist 2021 zwar auf 74 Prozent angestiegen, liegt damit jedoch ebenfalls noch unter dem Vor-Corona-Niveau.

Die zentrale Herausforderung auf dem Ausbildungsmarkt bleibt es, Angebot und Nachfrage zusammenzuführen:
So blieben knapp 70.000 Ausbildungsplätze unbesetzt, während nahezu 23.000 Bewerber:innen gänzlich unversorgt blieben.
In einigen Berufen und Regionen ist der Anteil unbesetzter Stellen besonders hoch. Dies betrifft etwa Handwerks- und Bauberufe. Dahingegen hatten junge Menschen, die etwa Tierpfleger:in werden wollten, geringere Chancen auf einen Ausbildungsplatz.

Der Bericht zeigt auch, dass zu viele junge Erwachsene keinen Berufsabschluss haben. 2,64 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 34 haben keinen Berufsabschluss, also fast 18 Prozent – ein Anstieg von 2,3 Prozentpunkten im Vergleich zu 2020. Für sie ist das Risiko, auch längerfristig arbeitslos zu bleiben, besonders hoch.

Mit der Ausbildungsgarantie, die wir mit dem Aus- und Weiterbildungsgesetz auf den Weg gebracht haben, wollen wir gegen diese Entwicklung ansteuern. Durch die Garantie soll allen Jugendlichen der Zugang zu einer vollqualifizierten, möglichst betrieblichen Berufsausbildung ermöglicht werden.

Mehr Entlastung für pflegende Angehörige

Durch die demografische Entwicklung ist die finanzielle Lage der gesetzlichen Pflegeversicherung seit Jahren angespannt. Auch die Corona-Pandemie hat die Kosten stark ansteigen lassen. Da alle Leistungen der Pflegeversicherung begrenzt sind und die tatsächlichen Kosten oft die erstatteten Beträge übersteigen, ist der selbst aufzubringende Anteil der Pflegebedürftigen im Laufe der Zeit immer weiter angestiegen. Um sie zu entlasten und die Pflegeversicherung finanziell zu stabilisieren, haben wir in dieser Woche das Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz auf den Weg gebracht.

Geplant ist, das Pflegegeld und die Pflegesachleistungen ab 2024 jeweils um fünf Prozent anzupassen. 2025 werden diese und alle anderen Leistungen der Pflegeversicherung dann um weitere 4,5 Prozent angepasst, ab 2028 steigen sie entsprechend der Kerninflation. Wer Angehörige pflegt, kann das Pflegeunterstützungsgeld künftig so in Anspruch nehmen wie das Kinderkrankengeld, also deutlich häufiger. Der Anstieg der Eigenanteile von Pflegebedürftigen in Heimen wird gebremst, indem die Zuschläge von der Pflegekasse ab 2024 auf bis zu 75 Prozent angehoben werden.

Ab dem 1. Juli 2025 wird der gemeinsame Jahresbetrag für Verhinderungs- und Kurzzeitpflege, also das so genannte Entlastungsbudget für pflegende Angehörige eingeführt. Damit helfen wir Menschen, die ihre Angehörigen pflegen und dadurch selbst Entlastung benötigen. Mit dem Entlastungsbudget wird es möglich sein, Leistungen der Pflegeversicherung flexibler innerhalb des Budgets abzurufen. Für Eltern von Kindern und Jugendlichen unter 25 Jahren mit einer schweren Behinderung wird das Entlastungsbudget bereits ab 2024 eingeführt.

In der stationären Pflege wird das sogenannte Personalbemessungsverfahren durch zusätzliche Ausbaustufen beschleunigt. Ein Kompetenzzentrum Digitalisierung und Pflege wird eingerichtet. Das Förderprogramm für digitale und technische Anschaffungen in Pflegeeinrichtungen in Höhe von etwa 300 Millionen Euro wird um weitere Fördertatbestände ausgeweitet und bis zum Ende des Jahrzehnts verlängert.

Die Pflegeversicherung muss aber auch stabilisiert werden, um der demographischen Entwicklung zu begegnen und die Leistungsanpassungen zu finanzieren. Deshalb steigt der Beitragssatz ab Juli 2023 – wie im Koalitionsvertrag vorgesehen – um 0,35 Prozentpunkte an, also von derzeit 3,05 auf 3,4 Prozent des Bruttolohns. Des Weiteren wird ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt, nach dem Eltern kinderreicher Familien bei den Beiträgen der Pflegeversicherung entlastet werden müssen. Dazu wird der Kinderlosen-Zuschlag angehoben. Zugleich wird der Beitrag ab zwei Kindern bis zum 25. Lebensjahr um 0,25 Punkte je Kind bis zum fünften Kind abgesenkt. Ein Beispiel: Eine Familie mit drei minderjährigen Kindern zahlt künftig 2,90 Prozent, also weniger als bisher. Wenn die Kinder aus dem Haus sind, zahlen die Eltern wieder dauerhaft 3,4 Prozent – und damit weniger als Kinderlose, für die der Zuschlag von 0,6 Beitragssatzpunkten gilt.

Wenn der geringere Beitrag zur Pflegeversicherung aus technischen Gründen nicht sofort bei allen berücksichtigt werden kann, wird er rückwirkend zum 1. Juli 2023 verzinst und rückabgewickelt.

Lieferengpässe bei Arzneimitteln bekämpfen

In den vergangenen Jahren kam es auch aufgrund einer deutlich erhöhten Nachfrage immer öfter zu Lieferengpässen bei Medikamenten wie beispielsweise Kinderfiebersaft oder Antibiotika. Um dieses Problem anzugehen, haben wir in dieser Wochen den Entwurf eines Arzneimittel-Lieferengpassbekämpfungs- und Versorgungsverbesserungsgesetzes (ALBVVG) im Bundestag beraten.

Konkret ist geplant, die Preisregeln für Kinderarzneimittel zu lockern: Festbeträge und Rabattverträge werden abgeschafft. Die Pharmaunternehmen können ihre Abgabepreise einmalig um bis zu 50 Prozent des zuletzt geltenden Preises anheben. Die Krankenkassen übernehmen die entsprechenden Mehrkosten. Damit setzen wir einen Anreiz, damit genug Kinderarzneimittel hierzulande verfügbar sind.

Antibiotika, die insbesondere in der EU oder im Europäischen Wirtschaftsraum produziert werden, müssen künftig bei Ausschreibungen von Kassenverträgen zusätzlich berücksichtigt werden. So soll Europa als Produktionsstandort für Arzneimittel gestärkt werden und internationalen Lieferketten diversifiziert werden. Die Regelung kann auch für weitere versorgungsessentielle Arzneimittel genutzt werden.

Der Preisdruck soll auch durch eine geringere Zuzahlungsbefreiungsgrenze gesenkt werden: Liegt der Preis mindestens 20 Prozent unter dem Festbetrag, können Arzneimittel von der Zuzahlung freigestellt werden.
Ist ein Arzneimittel nicht verfügbar, dürfen Apotheker:innen ein wirkstoffgleiches Arzneimittel einfacher austauschen. Dafür sollen sie einen Zuschlag erhalten.

Gibt es zu wenig Anbieter für versorgungskritische Arzneimittel, können Festbetrag oder Preismoratorium einmalig um 50 Prozent angehoben werden. Eine verbindliche, dreimonatige Lagerhaltung von rabattierten Arzneimitteln wird für Rabattverträge vorgeschrieben. Dies beugt kurzfristigen Lieferengpässen vor und stellt eine bedarfsgerechte Versorgung sicher.

Die Bevorratungsverpflichtungen für Medikamente, die injiziert werden, und für Antibiotika zur intensivmedizinischen Versorgung werden erhöht. Die Regeln zur Preisbildung werden so angepasst, dass der finanzielle Anreiz für die Forschung und Entwicklung von neuen Reserveantibiotika verstärkt wird.

Darüberhinaus erhält das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) zusätzliche Informationsrechte unter anderem gegenüber Herstellern und Krankenhausapotheken. Zudem wird ein Frühwarnsystem zur Erkennung von drohenden Lieferengpässen eingerichtet.

Neuntklässler der Mittelschule Ebern zu Besuch im Bundestag

Auch in dieser Woche konnten meine Mitarbeiter im Bundestagsbüro wieder eine Gruppe aus dem Wahlkreis in Berlin begrüßen.
Die Neuntklässler der Mittelschule Ebern nutzten ihre Abschlussfahrt in die Hauptstadt auch für einen Blick hinter die politischen Kulissen.
Neben einem Besuch im Bundestags und einer lebhaften Diskussion mit meinem Büroleiter Michael Frank stand natürlich auch eine Stippvisite in der Bundestagskuppel, inklusive dem obligatorischen Erinnerungsfoto an. Gerade Besuche von Schulklassen im Bundestag sind wichtig, um den Jugendlichen unser Parlament und unser politisches System nahezubringen.

Tag der Organspende am 3. Juni

Am Sanstag, 3. Juni, ist der bundesweite Tag der Organspende!
Ein Tag, der auch ein Appell ist, sich mit dem Thema Organspende auseinanderzusetzen, seine Entscheidung zu treffen und diese auch in einem Organspendeausweis oder in einer Patientenverfügung zu dokumentieren. Über seine Entscheidung sollte man auch mit seiner Familie und nahestehenden Menschen reden. Auch damit kann man sicherstellen, dass der persönliche letzte Wille umgesetzt wird.
Damit nehmen Sie auch eine große Last von Ihren Angehörigen, die ansonsten innerhalb kurzer Zeit eine Entscheidung treffen müssen.
Die Entscheidung zu treffen und diese zu dokumentieren, sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Leider machen es noch immer viel zu wenig Menschen. Daran haben auch die im vergangenen Jahr beschlossenen Maßnahmen, wie der Ausbau der Beratung, leider nur wenig geändert.
Mir ist es daher ein wichtiges Anliegen, im Bundestag noch einmal über die Einführung der Widerspruchslösung zu debattieren.
Ich bin überzeugt, dass mit der Einführung der Widerspruchslösung viel gewonnen wäre. Die Auseinandersetzung mit der Organspende hätte dann einen ganz anderen Stellenwert.
In fast allen Ländern Europas gibt es die Widerspruchslösung. Die Erfahrungen damit sind sehr gut. Auch in Deutschland könnte damit endlich eine Kultur der Organspende entstehen.

Aufbruchstimmung beim SPD-Landesparteitag in Augsburg

Gemeinsam mit unseren Landtagskandidierenden und Co-Vorsitzenden im SPD-Unterbezirk Rhön-Haßberge, Johanna Bamberg-Reinwand und René van Eckert, sowie Jürgen Hennemann und Eckart Roeß aus Ebern und Maren Schmitt aus Bad Kissingen war ich als Delegierte beim Landesparteitag der BayernSPD in Augsburg dabei. Die Stimmung war gut und eines wurde in allen Reden und Gesprächen klar - die Sozialdemokraten im Freistaat haben Mut und wollen alles dafür tun, dass am 8. Oktober die Weichen für ein besseres Bayern, das sich alle Menschen leisten können, gestellt werden. Im Zentrum des Regierungsprogramms, das auf dem Parteitag verabschiedet wurden, stehen unter anderem bezahlbares Wohnen, saubere und bezahlbare Energie, starke Arbeitnehmerrechte sowie ein ÖPNV, der bezahlbar und eine echte Alternative zum Auto ist.

Einen Rückblick auf den Landesparteitag gibt es hier!

Boris Pistorius zu Besuch in der Saaleck-Kaserne

Vor wenigen Tagen stattete SPD-Verteidigungsminister Boris Pistorius der Infanterieschule und der Saaleck-Kaserne in Hammelburg seinen Antrittsbesuch ab. Gemeinsam mit meinen Bundestagskollegen Manuela Rottmann und Karsten Klein konnte ich den Minister und den Inspekteur Heer, Generalleutnant Alfons Mais, unter anderem im Übungsdorf Bonnland und bei einer Übung mit Fallschirmjägern und Kampfhubschraubern begleiten. Es waren sehr interessante Einblicke, vor allem am Vormittag, als uns Soldatinnen und Soldaten der Gebirgs- und Winterkampfschule in Bonnland zeigten, was "Urban Climbing" heißt! Danke an alle Soldatinnen und Soldaten und auch an Boris Pistorius, der mit seiner offenen Art gezeigt hat, warum er aktuell der beliebteste Politiker in Deutschland ist.

Einen Bericht vom Besuch von Olaf Pistorius aus der Mainpost finden sie hier!
Ein Interview mit dem Bundesverteidigungsminister gibt es hier!
Und hier gibt es jede Menge Bilder vom Ministerbesuch!

Besuch beim Blutspendedienst des BRK in Wiesentheid

Einen richtig spannenden und interessanten Termin konnte ich beim Blutspendedienst des BRK in Wiesentheid absolvieren. Dort werden jeden Tag die bei allen Terminen in Bayern abgenommenen Blutspenden angeliefert und in einem genau durchgeplanten Verfahren für therapeutische und medizinische Verwendung getrennt und aufbereitet. Von Wiesentheid aus gehen die fertigen Blutkonserven dann meist noch am gleichen Tag an Krankenhäuser oder Transfusionzentren in ganz Bayern. Es war auch für mich als ausgebildete Ärztin faszinierend zu sehen, wie akribisch von den 30 Mitarbeitenenden in der Produktion mit dem Blut aus dem gesamten Freistaat gearbeitet wird. Danke für die tollen Einblicke in eine sehr wertvolle Tätigkeit und für die Anregungen, die mir die Verantwortlichen um Dr. Marijke Weber-Schehl, Prof. Dr. Axel Seltsam, Dr. Franz Weinauer und Alexander Giss mit auf den Weg nach Berlin gegeben haben.

Infos zum Blutspendedienst des BRK gibt es hier!

Rezertifizierung der Haßberg-Kliniken als Selbsthilfefreundliches Krankenhaus

Ein Termin, der mir persönlich sehr am Herzen lag, stand in der sitzungsfreien Woche Mitte Mai am Mittwoch in meinem Kalender.
Ich durfte den Haßberg-Kliniken als Festrednerin bei ihrer Rezertifizierung als Selbsthilfefreundliches Krankenhaus gratulieren.
Es ist einfach nur spitze, was Natalja Kruppa gemeinsam mit Karin Kramer und der Kontaktstelle für Selbsthilfe im Landkreis Haßberge in den vergangenen Jahren auf die Beine gestellt hat. Es gibt wohl nur wenig Krankenhäuser, in denen die Selbsthilfe einen derart hohen Stellenwert hat, wie die in Haßfurt und Ebern. Die verschiedenen Gruppen bekommen nicht nur eine Plattform, sich zu präsentieren.
Sie helfen auch bei der Weiterbildung der Mitarbeitenden mit Fachvorträgen mit. Die Mitarbeitenden wiederum geben die Kontakte der Selbsthilfe gerne an die Patient:innen weiter. Ein tolles Miteinander, das auch bei der Veranstaltung zur Rezertifizierung deutlich zu spüren war.
Danke an alle, die mithelfen, dass die Haßberg-Kliniken in Sachen Selbsthilfe ein echtes Aushängeschild sind! Machen Sie weiter so!

So berichtete das HT von der Rezertifizierung!
Infos zum Selbsthilfefreundlichen Krankenhaus gibt es hier!

"Gesund mit Musik" wird fortgesetzt

Gute Nachrichten aus Bad Kissingen. Beim Kissinger Sommer, der am 16. Juni startet, geht das Projekt "Gesund mit Musik", das auch vom Bundesministerim für Gesundheit gefördert wird, in seine zweite Runde. Wieder werden vier ausgewählte Konzerte aus dem Littmann-Saal via Livestream in Krankenhäuser, sozialpsychiatrische oder Reha-Einrichtungen, Seniorenwohnanlagen oder Reha-, Burnout- und Unikliniken im gesamten Bundesgebiet übertragen. Eine tolle Idee, für die ich mich als Klassikfan, aber auch als Gesundheitspolitikerin gerne eingesetzt habe. Gerade kranke und pflegebedürftige Menschen brauchen Kraft und Energie. Es ist seit Langem bewiesen, dass Musik positive Effekte auf Gesundungs- und Genesungsprozesse haben kann. Sie kann die Lebensqualität derjenigen steigern, die gerade besonders mit den Herausforderungen des Lebens zu kämpfen haben. Deswegen ist das Projekt "Gesund mit Musik" des Kissinger Sommers so spannend und so wichtig. Als Gesundheitsministerium unterstützen wir es gerne.

Infos über "Gesund mit Musik" gibt es hier.

Termine im Wahlkreis

Kontakt

Team Bundestag

Abgeordnetenbüro Berlin
Telefon: 030 227-71810
sabine.dittmar@bundestag.de

Michael Frank - Büroleitung
Telefon: 030 227-71810

Markus Giesecke
Telefon: 030 227-71811

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Team Wahlkreis

Bürgerbüro Bad Kissingen
Telefon: 0971 6994949
sabine.dittmar.wk@bundestag.de

Karen Pohle - Büroleitung
Telefon: 0971 6994949

Carolin Schiefer
Telefon: 0971 6994949

Spargasse 10
97688 Bad Kissingen

Bürgerbüro Haßfurt
Telefon: 09521 5048809
sabine.dittmar.ma07@bundestag.de

Marco Heumann
Telefon: 09521 5048809

Marktplatz 6
97347 Haßfurt

Abgehört und aufgelesen!

SPD für die Ohren und zum Lesen

Bertolt Meyer ist nicht nur Psychologieprofessor, sondern privat auch als DJ unterwegs, wobei ihm seine Unterarmprothese behilflich ist. Der SPD rät er, in Technologiefragen optimistischer zu sein und für eine neue Utopie einzutreten.

Hier geht es zum Podcast!

Willy Brandt hat zahlreiche Bücher veröffentlicht. Das 1982 erschienene „Links und frei“ ist sein persönlichstes. Brandt schildert darin autobiografisch seine Jugendzeit in Lübeck, das Ende der Weimarer Republik mit der Machtergreifung der Nazis, das Exil in Norwegen, die Rückkehr ins zerstörte Deutschland und seinen Beginn in der wiedererstehenden SPD. Wer wissen will, wie Brandts Überzeugungen entstanden sind, die auch sein späteres Wirken als Berliner Bürgermeister und Bundeskanzler prägten, sollte dieses Buch lesen. Wie gut, dass es im vergangenen Jahr in einer Neu-Ausgabe erschienen ist.

Aufgeschnappt!

Das Zitat der Woche

„160 Jahre deutsche Sozialdemokratie – das ist eine lange Zeit. Eine vergleichbare Geschichte kann keine andere Partei in Deutschland vorweisen. Wir haben allen Grund, auf unsere Geschichte stolz zu sein.“

Bundeskanzler Olaf Scholz

beim Festakt 160 Jahre SPD am 23. Mai im Willy Brandt-Haus.

Datenschutz | Kontakt

Impressum

Sabine Dittmar, MdB
Bürgerbüro
Spargasse 10
97688 Bad Kissingen
fon +49-0-971-6994949
fax +49-0-971-6994950
E-Mail: sabine.dittmar.wk@bundestag.de

Newsletter weiterempfehlen

Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.